

**Rede
von**

Tim Wook, MdL

zu TOP Nr. 13

Abschließende Beratung

**Gesellschaftlichen Frieden wiederherstellen -
Corona-Bußgelder abschaffen und zurückgeben -
Niedersachsen endlich in die Normalität führen!**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 19/111

während der Plenarsitzung vom 22.03.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

als junger und neu gewählter Abgeordneter ist es mir eine große Ehre und vor allem Freude, hier und heute in diesem Parlament zu sprechen und meine erste Rede zur Innenpolitik in Niedersachsen halten zu dürfen.

Ja, wir hatten es mit den wohl größten Freiheitsbeschränkungen in der Geschichte Niedersachsens zu tun und es ist richtig und auch legitim, diese zu hinterfragen. Und klar ist auch: Es lief nicht alles perfekt. Aber auf der anderen Seite stellt sich auch die Frage: Was wäre die Alternative gewesen? Wie hätte die Politik handeln sollen, in einer sich ständig verändernden Situation? Wir hatten es mit der bis dahin größten gesundheitlichen Krise zu tun.

Die Pandemie kam schleichend und traf uns alle mit voller Wucht. Von jetzt auf gleich beherrschte Corona nicht nur die politische Agenda, sondern auch unser aller Leben. Plötzlich beschäftigten wir uns mehr mit Infektionsketten als mit der Bundesliga und im März 2020 stand auf einmal das ganze Land still. Ein Novum für uns als Gesellschaft. Die Einschränkungen während der Pandemie waren für alle belastend: Besuche von Verwandten und Freunden waren nicht möglich, Bars und Restaurants wurden geschlossen, Konzerte oder Sportveranstaltungen wurden abgesagt und die Arbeit wurde, wenn möglich, ins Homeoffice verlegt.

Ich kann mich noch genau zurückerinnern, wie viele meiner Freunde, Kommilitonen*innen und Arbeitskollegen*innen Schwierigkeiten mit den Kontaktbeschränkungen und dem Alleinsein hatten. Ich war in meinem letzten Uni-Jahr. Das Leben an der Universität lebte vom Austausch mit anderen. Gemeinsam lernen, gemeinsam arbeiten und auch gemeinsam feiern. Das alles war nun nicht mehr möglich.

Doch obwohl es schwierig war, bin ich nach wie vor davon überzeugt, vor allem als junger Mensch, dass die Maßnahmen richtig waren, um uns alle zu schützen. Denn es gab auch Bereiche in unserer Gesellschaft, in der das Leben nicht stillstand, in der die Arbeit vor Ort weitergehen musste. Und in denen sich Menschen dafür eingesetzt haben, dass die Normalität schnellstmöglich in unseren Alltag zurückkehren konnte.

Meine Damen und Herren,

diesen Menschen gilt es Danke zu sagen. Danke zu sagen für ihren Einsatz gegen das Virus. Danke zu sagen für die täglichen Strapazen, die viele auf sich genommen haben, damit wir diese Krise überstehen.

Deshalb möchte ich mich bei den Pflege- und Gesundheitskräften sowie bei den Ärztinnen und Ärzten bedanken, dafür, dass Sie unser Gesundheitssystem in der schwierigsten Belastungsprobe am Laufen gehalten haben.

Ich möchte mich aber auch bei den zahlreichen Hilfsorganisationen bedanken wie etwa bei den Johannitern, die an ganz vielen Stellen in meinem Wahlkreis die Impfungen gegen das Coronavirus erst möglich gemacht haben, oder den Polizistinnen und Polizisten, die eben jene Regeln durchgesetzt haben, die die AfD jetzt kritisiert.

Es gilt aber auch, den Lehr- und Erzieherkräften Danke zu sagen, die in einem unglaublichen Kraftakt die Notbetreuungen offengehalten haben, die sich auf wechselnde Regeln eingestellt haben und damit dafür gesorgt haben, dass der Laden weiterläuft.

Und es gilt den Familien zu danken, die ihre Kinder neben ihrer Arbeit zuhause betreut haben, was zweifelsohne eine große Belastungsprobe war.

Diese Liste könnte noch sehr lange weitergehen und ich würde dennoch nicht alle erfassen.

Aber an dieser Stelle müssen wir als regierungstragende Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, und in den letzten Jahren mit der CDU auch einfach einmal Danke sagen an alle Heldinnen und Helden des Alltags, die einfach ihren Job gemacht haben oder sich zuhause um Familie und Angehörige gekümmert haben und somit dafür gesorgt haben, dass wir gut durch diese Krise kommen.

Gemeinsam haben wir es geschafft, die Corona-Krise zu überstehen, nicht allein als Landesregierung, sondern als Team in Niedersachsen, als ein Land und eine Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren,

alle diese Menschen haben ihren Job gemacht, als die Not am größten war. Sie haben bewiesen, dass es möglich ist, gemeinsam als Gesellschaft die Pandemie zu überwinden. Ohne dass wir hohe Verluste durch Corona-Tote beklagen mussten wie in anderen Ländern. Ohne dass wir einen wirtschaftlichen Einbruch gespürt haben, der zu großer gesellschaftlicher Verarmung geführt hätte. Und ohne dass das Gesundheitssystem vor dieser enormen Herausforderung zusammengebrochen ist.

Niedersachsen ist gestärkt aus der Pandemie hervorgegangen – das ist vor allem der Verdienst der Bürgerinnen und Bürger. Sie haben es geschafft, die Normalität und den gesellschaftlichen Frieden für uns alle aufrecht zu erhalten, unabhängig

von Beschränkungen und dem Infektionsgeschehen. Und das dies gelingen konnte, können wir ganz klar den von Stephan Weil geführten Landesregierungen in den letzten Jahren gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und der CDU zuschreiben.

Und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, haben zur Überwindung dieser Krise nichts beigetragen, Sie spalten nur und wollen gegeneinander ausspielen. Das zeigt auch Ihr heutiger Antrag.

Schon der Titel Ihres Antrags: „Gesellschaftlichen Frieden wiederherstellen – Corona Bußgelder abschaffen und zurückgeben – Niedersachsen endlich in die Normalität führen“ zeigt deutlich Ihr Verständnis für unser Zusammenleben. Das impliziert ja bereits, dass der gesellschaftliche Frieden in Niedersachsen Ihrer Meinung nach nicht vorhanden ist. Das ist ein Schlag in das Gesicht all derer, die sich in den letzten Jahren bis zum Limit für unser Land engagiert haben.

Aus diesem Grund lassen Sie mich Ihnen drei Dinge sagen:

Erstens: Ihr Antrag und Ihr Bezugspunkt auf das Gerichtsurteil zu den bayrischen Corona-Maßnahmen entbehrt wirklich jeglicher Grundlage. So verschweigen Sie nämlich, dass das Bundesverwaltungsgericht den Freistaat Bayern nur in wenigen Fällen zur Rückzahlung einiger Bußgelder verpflichtete. Lesen Sie erst einmal die Pressemitteilung richtig – bevor Sie einen Antrag dazu schreiben.

Zweitens: Die Begründung einer Generalamnestie und Rückzahlung von Bußgeldern auf Grundlage der gekippten 2G-Regel im niedersächsischen Einzelhandel ist völliger Unsinn.

Und drittens: Sie versuchen bewusst – und ich meine ganz bewusst – unsere Gesellschaft zu spalten. So auch heute mit diesem Antrag. Angebrachter wäre es, dass Sie auch endlich den Heldinnen und Helden der Corona Pandemie ein wenig Respekt entgegenbringen und die Instrumentalisierung von Gesetzen für Ihre ideologischen Zwecke unterlassen.

Wir lehnen Ihren Antrag ab!

Vielen Dank.